



Terrorismus-Analysezentrum in Berlin

Vorlage sieht auch eine stärkere Zentralisierung bei den Verfassungsschutzbehörden vor. Dem Bundesamt wird damit die „Federführung“ und „zentrale Auswertung“ im Bereich des islamistischen Terrorismus zugewiesen. Dem Entwurf zufolge, der den Titel „Gesetz zur Fortentwicklung der Terrorismusbekämpfung“ trägt, müssen außerdem unter anderem Anwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer künftig alle verdächtigen Geldtransfers melden, die zur Finanzierung des Terrorismus dienen könnten. Trotz des Widerstands von SPD und Grünen soll keine der Regelungen befristet werden. Die Bundesregierung will das Gesetz, zu dem an diesem Freitag im Innenministerium eine erste Besprechung zwischen den Ressorts stattfindet, noch vor der Sommerpause verabschieden. Bereits am Mittwoch wird das Kabinett zudem aller Voraussicht nach eine Novelle des Abhörrechts beschließen, die dem BND erheblich mehr Befugnisse im Kampf gegen Schleuser und den internationalen Waffenhandel einräumt. Der Auslandsgeheimdienst darf dann Gespräche an Bord deutscher Schiffe in internationalen Gewässern abhören. Vorgesehen ist auch eine Art digitale Rasterfahndung, bei der Telefone schon lokalisiert und überwacht werden können, wenn eine Gefahr illegaler Schleusungen besteht.

## INNERE SICHERHEIT

## Schily schnürt drittes Paket

**M**it neuen Sicherheitsgesetzen will Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) die Befugnisse der Ermittlungsbehörden noch einmal erheblich ausweiten. Der jetzt vorliegende Entwurf für das „Sicherheitspaket 3“ soll vor allem Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (BND) noch mehr Möglichkeiten eröffnen. Danach kämen die Geheimdienste beispielsweise leichter an Informationen über Bankkonten und könnten außerdem online auf das Zentrale Fahrzeugregister zugreifen. Die



Schily

PETER GRIMM / DPA

U. BAUMGARTEN / VARIO-PRESS

## EUROPA

## Rabattschlacht mit den Briten

**D**ie für Juni geplante Einigung über den EU-Haushalt von 2007 bis 2013 droht an Großbritannien zu scheitern. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist Tony Blairs Regierung nicht zu Konzessionen beim so genannten Briten-Rabatt bereit, der Londons jährlichen EU-Beitrag ermäßigt – zuletzt um 4,6 Milliarden Euro.



STEPHAN ROUSSEAU / DPA

Blair, Schröder

„Das läuft nicht bis Juni“, befürchtet ein Berliner Spitzenbeamter. Ohne britisches Entgegenkommen beim Rabatt, den Premierministerin Margaret Thatcher 1984 aushandelte, gebe es aber „keine Einigung“. Deshalb drohen Deutsche und Franzosen, in diesem Fall würden sie selbst weiter auf strengen Etat-Obergrenzen beharren, um ihre eigenen Zahlungen nach Brüssel zu deckeln. Dabei bleibe er „mit allem Nachdruck“, erklärte Schröder vergangene Woche. Frankreichs Präsident Jacques Chirac forderte, die EU müsse den „britischen Scheck neu regeln“. Sollten die Briten wie befürchtet hart bleiben, könnte nach Einschätzung Berlins erst nächstes Jahr ein neuer Anlauf starten, um den Sieben-Jahres-Etat mit einem Gesamtvolumen von über einer Billion Euro zu beschließen.

## GRÜNE

## Fischers Abrechnung

**I**n der Parteispitze der Grünen verschärft sich die schon länger schwelende Fehde zwischen Parteichef Reinhard Bütikofer und Außenminister Joschka Fischer. Nur aus Rücksicht auf den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen hat Fischer seinen Groll bisher unterdrückt. In dieser Woche, im Rahmen der NRW-Manöverkritik und in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf, will Fischer seine Zurückhaltung aufgeben. „Joschka wartet auf den Tag der Abrechnung. Ganz oben auf der Liste steht Bütikofer“, so ein Fischer-Vertrauter. Der Parteichef hatte Fischer mit kritischen Bemerkungen während der Visa-affäre gereizt. So beklagte Bütikofer öffentlich, dass die Grünen wegen der Fehler des Außenministers „an Glaubwürdigkeit verloren“ hätten. Außerdem stichel-

BONN/IPP/ULSTEIN BILDERDIENST



Bütikofer, Fischer

te Bütikofer, vor einem Abschied der Gründergeneration müsse die Partei „jetzt nicht zittern“.

„Lass die Spielereien“, herrschte Fischer den Parteifreund daraufhin in einem Telefonat an. Unterstützung erfuhr Fischer Ende Februar bei einem Treffen der Partei- und Fraktionsführung durch die Co-Vorsitzende Claudia Roth: „Wenn du dich nur auf die Reals verlassen müsstest, Joschka, wärest du verlassen.“ Fischer horchte auf und wandte sich daraufhin an den Realo Bütikofer: „Hör gut zu, Reinhard, jedes Wort von Claudia ist wahr.“